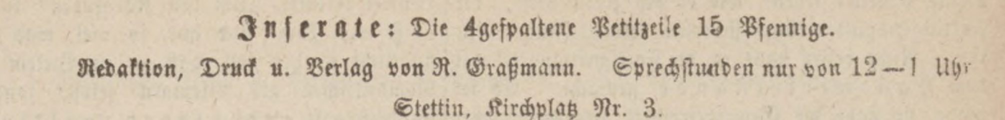
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.



Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Donnerstag, den 7. April 1881. Nr. 164.

Deutscher Reichstag.

31. Sitzung vom 6. April.

Präsident v. Goßler eröffnet die Sitzung um $12^1/_4$ Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Staatssekretäre Dr. v. Schelling, von Böttticher, Scholz, Bevollmächtigte Graf Ayländer, Kastner, Dr. v. Mayr und einige Kommissare.

Tagesordnung:

Nachdem zunächst einige Petitions-Angelegenheiten erledigt worden waren, setzte derselbe die erste Berathung des Gesetzes betreffend die Bestrafung der Trunkenheit fort.

Abg. Reichensperger (Olpe) tritt zunächst der auffallend frivolen Weise entgegen, in der gestern der Abg. Traeger es versucht habe, die Trunkenheit in Schutz zu nehmen. Vom juristischen Standpunkt rechtfertige sich dieses Gesetz vollständig. Auch gegen Wirthe, die häufig die Trunkenheit ihrer Gäste verschulden, sei eine Strafbestimmung zu erlassen, und diese vermisse er in diesem Gesetze. In Oesterreich habe man solche Strafbestimmung und habe dort das Trunkenheitsgesetz mehr noch als das Wuchergesetz zur Heilung der sozialen Schäden beigetragen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Witte (Schweidnitz) beneidet ebenfalls den Abg. Traeger nicht um die frivole Art, wie er diese Frage aufgefaßt habe, die wohl etwas mehr Ernst und Würde in ihrer Behandlung verdiene. Er halte allerdings für wünschenswerth, die Trunkenheit, die in erschrecklichem Maße zugenommen habe und vorhanden sei, unter gewissen Bedingungen unter Strafe zu stellen. Wenn auch auf anderen Gebieten, höhere Besteuerung des Branntweins, Erklärung der Uneinklagbarkeit der Trinkschulden ꝛc., diesem Laster entgegengetreten werden könne, so wolle er doch prinzipiell sich gegen strafrechtliche Bestimmungen nicht erklären, doch finde er, daß die Bestimmungen der Vorlage theils zu unbestimmt, theils selbst irrationell seien. Der Fall, daß sich Jemand, um eine strafbare Handlung straffrei begehen zu können, durch Trunkenkeit in Bewußtlosigkeit versetze, sei nicht vorgekommen und könne nach dem Urtheile zahlreicher Juristen nicht vorkommen. Auch habe niemals ein Gericht außer einem einzigen Falle während seiner 30jährigen Thätigkeit den § 51 des Strafgesetzes so ausgelegt, daß derselbe gänzliche Abwesenheit des Bewußtseins verlange. Eine Strafverschärfung durch Entziehung der Kost halte er im Allgemeinen für wünscheuswerth, da das Gefängniß für viele Personen seine Schrecken verloren habe, doch halte er dafür, solche Bestimmungen dem Strafausführungsgesetz oder reglementarischen Bestimmungen zu überlassen. Am besten würde sich bei gewohnheitsmäßigen Trunkenbolden die Ueberweisung an Korrektions-Anstalten erweisen, da vor diesen die Habitués der Gefängnisse noch die meiste Furcht hätten.

Staatssekretär Dr. v. Schelling: Die Vorwürfe, die die Abgg. v. Schwarze und Witte gegen die Unklarheit des § 2 erhoben, fielen wohl weg, da beide Herren den Inhalt des Paragraphen sehr gut verstanden und ein klares Bild des Inhaltes dargelegt hätten. Eine Differenz bestehe nur über den Grad des Strafmaßes, nun habe man aber von einer orbiträren Strafe abgesehen und die Höhe der Strafe in Betracht gezogen, die den Uebelthäter im nüchternen Zustande getroffen hätte. Ueber die Skala der Strafausmessung werde man sich sehr leicht einigen, diese Frage sei für ihn untergeordneter Natur. Nun sollten nach den Abgg. Träger und Witte außer den in den Motiven enthaltenen Fällen solche nicht vorgekommen sein, die die Vorlage rechtfertigen; das sei falsch. Redner verliest eine Anzahl von Urtheilen und Rechtsgutachten, welche diese Angabe bestätigen. § 2 rechtfertige sich schon dadurch, daß nach der jetzigen Gesetzgebung Jemand straffrei bleiben könne, der sich absichtlich in Trunkenheit versetzt habe.

Abg. Frhr. v. Maltzahn-Gültz: Ich spreche zunächst meine Freude aus, daß die Debatte heute einen anderen Ton angenommen, als mit dem sie gestern geschlossen. Mag auch dem Einzelnen eine Vorlage nicht genehm sein, so dürfen wir sie nicht mit Hohn und Spott (Widerspruch und lebhafte Zustimmung) behandeln, sondern wir haben als ernste Männer uns hier mit ernsten Dingen ernsthaft zu beschäftigen, das sind wir unseren Wählern schuldig. (Sehr gut.) Wer wie ich häufig gesehen hat, welche Zerrüttung der Trunk in die Familie trägt, ich habe hauptsächlich den Familienvater im Auge, wie die Frau und Kinder zu Hause hungernd verkümmern und verwildern, und wie der Trunkenbold endlich am Strick oder im Wasser sein Ende findet. (Heiterkeit links, Ruf in der Fortschrittspartei: Huh! Huh!) Ich glaube diese Heiterkeit aus den Reihen der Fortschrittspartei ausdrücklich konstatiren zu sollen, da wir ja in Kurzem vor unseren Wählern stehen werden und es dann von Werth sein dürfte, diesen sagen zu können, wie die Fortschrittspartei solche ernsthaften traurigen Dinge hier mit Heiterkeit begleitet. M. H., die aus allen Theilen des Landes kommenden Wünsche, aus allen Kreisen, die durch ihren Beruf Gelegenheit haben, mit der Masse der Bevölkerung in Berührung zu kommen, die Anträge der Synoden, der Gefängnißvereine, alle diese fassen die bestehende Gesetzgebung als nicht genügend auf, um dem Laster des Trinkens eine Grenze zu setzen. Diese Wünsche hat nun die Regierung als berechtigt anerkannt und hat uns deshalb diese Vorlage gemacht. Außer den Spezialbestimmungen für Militär und Marine handelt eigentlich nur der § 351 des Strafgesetzbuches vom Trunke; derselbe sagt, daß der, welcher sich derartig dem Spiel oder dem Trunk ergebe, daß er unfähig werde, für sich und seine Familie zu sorgen, solle in einem Arbeitshause untergebracht werden. Diese Bestimmung ist viel milder, als die frühere preußische, welche schon denjenigen interniren will, der diese Versorgung unterläßt. Letztere strengere Bestimmung würde meines Erachtens wieder herstellellen sein, und wie ich glaube, ist von den Verwaltungsbehörden vielfach darauf angetragen. Wenn nun die Nothwendigkeit einer Aenderung der Gesetzgebung anerkannt wird, so könnte es verschiedene Wege des Vorgehens geben. Man könne ein Ausnahmegesetz gegen die Trunkenheit machen, man könnte durch eine Novelle die Strafgesetzgebung ändern, man könnte durch eine Abänderung unserer Steuergesetzgebung Abhülfe suchen, indem man den Branntwein einer sehr viel höheren Steuer unterwirft. Von diesen Wegen hat die Regierung den ersteren gewählt, und wenn wir ein Bedürfniß anerkennen, daß etwas geschehen muß, so haben wir in der Kommission ernsthaft zu prüfen, ob wir eine Fassung finden, die, gerechtfertigten Bedenken Rechnung tragend, das Ziel erreicht. Bisher scheint mir in der Diskussion der § 6 von den Vorrednern etwas stiefmütterlich behandelt zu sein; diesen halte ich gerade für besonders wichtig, da er eine Bestimmung der Militärgesetze auf analoge Fälle übertragen will. Ich halte es für gerechtfertigt, daß derjenige, der in Folge seines Amtes oder seiner Stellung erhöhte Pflichten gegen die Oeffentlichkeit übernehmen muß, daß dieser, wenn er sich bei Ausübung seiner Pflicht dem Trunke hingiebt, schärfer bestraft werden muß. Hierauf legt Redner den Standpunkt der Konservativen zu den einzelnen Paragraphen des Gesetzes dar und erklärt sich ebenfalls für die Kommissions-Berathung.

Nachdem noch Abg. Dr. Virchow gesprochen und u. A. für Asyle für Trunkenbolde plaidirt hat, erfolgt noch eine Aeußerung vom Bundesrathstisch.

Dann wird der Schluß beantragt und angenommen.

Abg. Hasenclever stellt den Antrag auf Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses.

Es erfolgt der Namensaufruf, welcher die Anwesenheit von nur 147 Mitgliedern ergiebt. Das Haus ist somit nicht beschlußfähig.

Der Präsident setzt darauf die nächste Sitzung auf Dienstag, den 26. April, 1 Uhr fest.

Tagesordnung: Interpellation wegen Korrektion des Rheinstromes; Gesetz wegen Oeffentlichkeit der Verhandlungen des Landes-Ausschusses von Elsaß-Lothringen; Gesetz wegen Besteuerung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten und Gesetz wegen Besteuerung der zum Militärdienst nicht herangezogenen Personen.

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 6. April. Die letzte parlamentarische Soirée am Montag bei dem Fürsten Reichskanzler war nur wenig besucht; es sind bereits viele Abgeordnete in die Ferien gereist; auch fand gleichzeitig bei dem Fürsten Pleß eine größere Festlichkeit statt. Die Präsidenten des Reichstages waren gegenwärtig; von den Ministern die Herren v. Stosch und Friedberg. Das Centrum war wiederum durch seine hervorragendsten Mitglieder vertreten, doch kam es diesmal nicht zu einem so intimen Verkehr, wie in der vorhergehenden Soirée. Fürst Bismarck wandte seine Aufmerksamkeit namentlich den liberalen Mitgliedern aus dem Süden zu, mit denen er sich eingehend unterhielt. Auch der Ausgang der nächsten Wahlen kam zur Sprache: man einigte sich in der philosophischen Betrachtung, daß man nichts darüber wissen könne. Zu einer politischen Unterhaltung im größeren Stile kam es nicht. Von sonstigen Persönlichkeiten zogen namentlich ein junger Graf Batthyani und der Herzog von Arenberg im auswärtigen Amt die Aufmerksamkeit auf sich. Fürst Bismarck bemerkte, daß er sich diesen Tag ausdrücklich ausgesucht habe, um noch zahlreichen Besuch abwarten zu können, derselbe sei aber trotzdem ausgeblieben.

— Es ist aufgefallen, daß die fortschrittlichen Abgeordneten Eugen Richter (Hagen), Dr. Virchow und Wöllmer bei der am Montag stattgehabten Abstimmung über den Windthorst'schen Antrag sich gegen denselben erklärten und es hat dies in einigen Kreisen um so mehr von sich reden gemacht, als der fortschrittliche Abg. Eugen Richter bekanntlich zu den Antragstellern gehörte. Wenn man die der Abstimmung vorausgehende, etwas verworrene Rede des Abg. Dr. Hänel mit dem Verhalten der drei genannten Abgeordneten seiner politischen Partei vergleicht, so dürfte man zu der richtigen Schlußfolgerung gelangen, daß die Fortschrittspartei überhaupt dem erwähnten Antrage von Anfang an sehr abgeneigt war und lediglich aus politischen Gründen sich später an demselben betheiligte. Um Mißverständnissen vorzubeugen — so erklärte der sozialdemokratische Abg. Kayser Namens seiner Parteigenossen — enthielten sich die Sozialdemokraten der Abstimmung. Es wird gut sein, um Mißverständnisse zu verhüten, nochmals zu konstatiren, daß die Führer des Berliner Fortschrittsrings, die Abgg. Eugen Richter und Dr. Virchow gegen den Antrag, welcher sich mit der besonderen Bestrafung des Fürstenmordes beschäftigt, gestimmt haben.

Provinzielles.

Stettin, 7. April. Die gestrige erste Versammlung der hiesigen Antisemiten im „Deutschen Garten" war sehr zahlreich besucht. Während der Anfang der Versammlung auf 8 Uhr festgesetzt war, wurde der Zugang zu dem Saale, in welchem sich um diese Zeit etwa 400—500 Personen befinden mochten, schon etwa 10 Minuten früher gesperrt und mußten die später Kommenden in dem Garten bleiben oder unverrichteter Sache nach Hause gehen. Die eigentliche Zahl der Besucher läßt sich daher schwer abschätzen; nach den uns zugegangenen zuverlässigsten Mittheilungen sollen indessen die draußen Gebliebenen etwa noch zwei- bis dreifach so zahlreich gewesen sein, wonach also im Ganzen etwa 1500—2000 Personen, darunter selbstredend viele blos Neugierige, der Einladung, Dr. Henrici über die Judenfrage sprechen zu hören, Folge geleistet haben mögen. Das anfänglich geforderte Entree wurde übrigens nach einer Mittheilung des Vorsitzenden des Komitee's, Herrn Zahntechniker Scheffler, später aufgehoben, um der ganzen Sache keinen „gewerbsmäßigen" Anstrich zu geben; doch verzichteten die in dem Saale befindlichen Personen auf die Rückgabe desselben und wurde anheimgestellt, dasselbe, nach Abzug der Kosten, zu irgend einem wohlthätigen Zwecke zu verwenden. Nach dieser Einleitung wurde denn der Dr. Henrici von einigen Mitgliedern der Versammlung in den Saal geführt. Derselbe bat zunächst alle Anwesenden, getreu der Verfassung, welche jedem Preußen das Recht, seine Meinung frei äußern zu dürfen, gewährleiste, auch ihn ungehindert sprechen zu lassen; es würde auch den anders Meinenden später in der Diskussion gestattet sein, ihre entgegengesetzte Meinung ebenso frei äußern zu dürfen. Nach diesen Worten begann denn Dr. Henrici sofort seinen eigentlichen Vortrag, ohne daß aber — was wir als einen Verstoß gegen die parlamentarische Sitte bezeichnen müssen — ein besonderer Vorsitzender und ein Bureau gewählt worden wäre; vielmehr usurpirte Herr Dr. Henrici das erstere Amt ohne Weiteres selbst. Es gelang ihm freilich mit Hülfe einer wahrhaft kolossalen Glocke (schon mehr Kuhglocke, meinte einer unserer Nachbarn) die Ordnung, wenn auch nur mühsam, aufrecht zu erhalten; es fehlte dafür aber auch an jedem Programm, welches einerseits die theilweise etwas sehr gewagten, ja geradezu unwahren Aeußerungen des Dr. Henrici über hiesige Verhältnisse gehörig zurückwies — wie z. B., daß auch die ganze Stettiner Presse nur eine jüdische sei und dergleichen Verleumdungen über hiesige thatsächliche Verhältnisse, die dem Dr. Henrici absolut unbekannt sind, und über die ein Urtheil anzumaßen er sich daher in keinem Falle erlauben sollte. Diese Art von Berlinerthum, die sich herausnimmt, über Dinge zu sprechen und herzuziehen, von denen sie absolut nichts versteht, ist hier in Stettin durchaus nicht angebracht, und uns in gleicher Weise verhaßt, mag eine solche Berliner Anmaßung sich bei einem Juden oder Christen, bei Eugen Richter oder Dr. Henrici finden.

Was nun den eigentlichen Kern der Rede selbst anlangt, so bot dieselbe für alle die wenigstens, welche mehr auf den Inhalt als auf einzelne Schlagworte sehen, um das gleich hier vorweg zu nehmen, zunächst die eine große Ueberraschung, daß dieselbe sich weit mehr gegen die Fortschrittspartei, wie gegen die Juden als solche richtete, und daß die Schläge, die der Redner austheilte — derselbe stellte die Verbindung zwischen der Judenfrage und Fortschrittspartei dadurch wieder her, daß er in solchen Fällen immer von einer „verjudeten Fortschrittspartei" sprach — zwar vielfach die Juden trafen, aber doch eigentlich auf die Fortschrittspartei gemünzt waren; daß mit einem Worte ihm die erstern nur als die Prügelknaben für die letztern dienen mußten. Er sagte etwa: Wer viel auf den großen Verkehrscentren sich bewege, werde bald sehen, daß dort zwei Züge sich kreuzten; Ein Zug der Auswanderung, welcher gerade unsern produktivsten Stand, die Landbebauer umfasse, die trotz der angestrengtesten Arbeit in Deutschland nicht mehr fortkommen könnten und nach Amerika gingen; und ein Zug der Einwanderung, der von Rußland und Polen uns neue Zukömmlinge zuführe, die aber, weit entfernt, den produktiven Ständen, anzugehören, diese vielmehr lediglich zum Gegenstande ihrer Ausbeutung zu machen suchten. Diese Thatsache der Auswanderung unzufriedener produktiver Stände aus dem Lande und des Einzuges der anderen nicht produktiven — größtentheils jüdischer Schnorrer — beweise, daß es in Deutschland wirklich eine Judenfrage gebe. Die Judenfrage sei daher nicht von ihm oder einzelnen Anderen nur so auf das Tapet gebracht, sondern sie ergebe sich aus dem Mißverhältnisse der Abnahme der arbeitenden, produktiven Elemente und der Zunahme der nur distributiven oder ausbeutenden Elemente von selbst. Redner verwahre sich daher ausdrücklich gegen den Vorwurf der Judenhetze. Er wolle keine Hetze, sondern nur diesem bisherigen Mißverhältnisse entgegentreten, mit anderen Worten, eine Nothwehr der produktiven Stände gegen die jetzige Ausbeutung derselben. Es sei aber unmöglich, dabei eine Berührung der Judenfrage zu vermeiden. Er finde den Hauptgrund des jetzigen Uebels theils in der falschen Gesetzgebung, für welche namentlich die Fortschrittspartei verantwortlich zu machen sei, theils in den gemeinschädlichen Usancen, die sich jetzt unter dem Einflusse dieser Gesetze und auch der in dem Handelsstande ja besonders zahlreichen Anhänger der Fortschrittspartei, der Juden eingeschlichen hätte. Was zunächst das Erste anlange, so müsse er die Fortschrittspartei auf das Allerschärfste angreifen. (Bravo und Widerspruch.) Die Fortschrittspartei habe zuerst den Arbeiterstand geschädigt, sie sei es gewesen, welche zuerst das Manchesterthum nach Deutschland verpflanzt habe, d. h. die Lehre, die Kraft des Arbeiters müsse so viel als irgend möglich ausgebreitet werden. Die Fortschrittspartei entschuldige sich zwar, daß dies hauptsächlich im Interesse der Konsumenten, also des ganzen Volkes, geschehe, um diesem alle Artikel zu möglichst billigen Preisen zu liefern. Aber das sei nicht wahr, man frage in der Praxis herzlich wenig nach dem Volke, aber sehr viel nach dem Verdienste (Heiterkeit und Beifall), und es komme der Fortschrittspartei durchaus nicht darauf an, nachdem sie die Kraft aus den Arbeitern ausgepreßt habe, wie den Saft aus der Citrone, diese völlig ihrem Schicksale zu überlassen. Die Fort-

schrittspartei sei ja immer für Selbsthülfe, also müsse nach diesem Prinzip dann auch der ausgepreßte Arbeiter sehen, wie er sich selbst helfe, die Fortschrittspartei rühre sicherlich keinen Finger für ihn. Nicht besser habe es die Fortschrittspartei mit dem Handwerkerstande gemacht. Es sei wahr, sie habe die Gewerbefreiheit gegeben; aber was sie damit erreicht? Die Sache, das Handwerk selbst, habe man frei gemacht; den Handwerker aber, der etwas gelernt hat, jetzt aber zu denselben Preisen arbeiten muß, wie jeder Pfuscher, ja sogar die Konkurrenz der Zuchthäusler aushalten muß (Hört! Bravo!), zum Sklaven (lebhafter Beifall), zum Sklaven eben jener großen Geschäfte, die jetzt den ganzen Vortheil, welcher dem Handwerker zukäme, in ihre Tasche steckten (Beifall) und sich größtentheils in den Händen eben jener Herren Fortschrittsleute befänden, oder was dasselbe sei, in den Händen der Juden; denn die Fortschrittspartei sei eben durch und durch verjudet, ja die Fortschrittspartei sei geradezu die Judenpartei! (Beifall und Widerspruch. Verschiedene Rufe. Erneuter Beifall und Zischen. Ruf: Der Jude ist gerade so gut wie der Christ. Lärm und Tumult, der sich nur allmälig legt.) Redner fährt endlich fort: Nicht besser sei der Beamte daran. Er wolle nicht dem Leichtsinne der Offiziere das Wort reden, aber auch der dürftige Beamte könne leicht in die Lage kommen, von so einem Juden (Ruf: Warum nicht auch vom Christen? Heiterkeit) einige hundert Mark zu borgen und dann beim Verfalltage von so einem angeblichen Fortschrittler auf das Unbarmherzigste verfolgt, wohl gar zum Selbstmord getrieben werden. Redner erblickt namentlich aber in dem Eindringen des fortschrittlich-jüdischen Elements in den Richterstand einen großen Uebelstand (Zustimmung). In der Provinz Brandenburg seien bereits über 50 Proz. der Richter Juden (Bewegung). Nicht weniger ständen, um das gleich hier zu erwähnen, auch die Stadtverordneten-Versammlungen gar vieler Städte völlig unter dem Banne eines solchen verjudeten Ringes der Fortschrittspartei. Diese Ringe müßten vor allem gesprengt werden (Lebhafter Beifall!). Selbst der am solidesten fundirte Stand unsers Staates, die Landwirthe, hätten in Folge der Gesetze, welche die Fortschrittspartei zu Ungunsten des immobilen und zu Gunsten des mobilen Besitzes erlassen hätten, sich des Eindringens jener Elemente nicht mehr erwehren können. Redner exemplifizirt, beiläufig allerdings sehr unglücklich, auf die im Randower Kreise liegende Herrschaft Stolzenburg. Das größte Unglück aber sei, daß die Gesetze, welche unter dem Einflusse der Fortschrittspartei erlassen seien, es der Börse gestattet hätten, ihre jetzige Stellung einzunehmen. Die Börse sei jetzt geradezu ein nationales Unglück. (Lebhafter Beifall.) Das sei die Hochschule für alle Kniffe; und damit komme er auf die üblen geschäftlichen Usancen, die sich unter dem Einflusse dieser angeblichen Fortschrittler herausgebildet haben. Dort lerne man die Nahrungsmittelverfälschungen, den Betrug, wohl gar den Meineid als nichts Schlechtes betrachten. (Hört!) Es wäre schon so weit, daß der Abg. Virchow von einem Manne, der achtmal wegen Markenverfälschung verurtheilt sei, im Reichstage zu sagen gewagt habe: „das seien geschäftliche Usancen!" (Hört! Oho! Ruf: Virchow ist doch gut! Heiterkeit!) Es komme hinzu, daß reelle Geschäfte auf der Börse kaum noch gemacht würden. Das Ganze sei ein Differenzgeschäft und müßte ebenso wie das Hazardspiel verboten werden. (Beifall.) Er wünsche, daß, um diesem Uebel abzuhelfen, eine recht tüchtige Börsensteuer komme, eine Kouponsteuer, namentlich auch für ausländische Papiere, damit nicht wieder Berliner Banquiers auf eine französische Anleihe zeichneten, die nur gegen Deutschland gemünzt sei. (Hört!) Er wünsche auch eine tüchtige progressive Einkommensteuer. (Ruf: Sozialdemokrat!) Es sei doch auf das Höchste auffallend, daß aus dieser Schule der Börse heraus mehr betrügerische Bankerotte bei den fortschrittlichen Juden vorkämen, als bei allen Christen zusammen. Darum sei es die höchste Zeit, gegen diese Uebelstände, welche die Fortschrittspartei geschaffen, Front zu machen. Auch in Stettin habe sich ein „sozialer Reichsverein" gebildet, um diesem bisherigen Unwesen gegenüber zu treten. Er bitte, demselben zum Schutze der deutschen Nationalität recht zahlreich beizutreten und schließt mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und Bismarck.

Die Versammlung stimmte lebhaft in den Ruf ein. Es stellt sich indessen heraus, daß irgend ein Individuum den Hut nicht dabei abgenommen hat. Darüber entsteht ein großer, geradezu der Beschreibung spottender Tumult. Die Rufe: „Hut ab!" Raus!" durchfliegen den Saal. Es entsteht um die Stelle ein förmlicher Knäuel. Die entfernter Sitzenden steigen auf die Stühle. Was eigentlich geschieht, ist in dem Gedränge nicht zu sehen, man sieht nur einen Hut durch die Luft fliegen. Die Aufregung erneuert sich immer wieder und es wird schließlich die Sitzung auf 10 Minuten vertagt, während welcher Zeit Zettel herumgereicht werden, auf welche sich Alle, die dem sozialen Reichsverein beitreten wollen, einzeichnen können.

Nach Wiederaufnahme der Versammlung verliest Dr. Henrici zunächst das Programm der neuen sozialen Reichspartei. Redner verwahrt sich dabei zwar ausdrücklich, daß sein Auftreten kein Wahlmanöver sein solle. Das vorgelesene Programm fordert unter Anderem Schutzzölle, Frieden mit Rom, strengste Zensur der Theater, sowie der neuerscheinenden Literatur, Abschaffung der Freizügigkeit, Verstaatlichung der Eisenbahnen, staatliche Magazine, um den Zwischenhandel oder, wie Dr. Henrici erklärt, „um den Kornjuden" loszuwerden u. s. w., kurz und gut, so viel, was alles verstaatlicht werden soll, daß es in Vielem nicht nur bismarckischer als Bismarck selbst, sondern auch unzweifelhaft entschieden reaktionär, in vielem Andern aber dem Programm der Christlich-Sozialen wörtlich abgeschrieben ist. Eine besondere Ausführlichkeit erfreut sich übrigens die Schule, man merkt daran sofort, daß es ein Schulmeister ist, der dasselbe entworfen. Trotz der Versicherung des Redners, es mit keinem Wahlmanöver zu thun zu haben, schien die Versammlung doch durch die Verlesung des Programmes etwas stutzig geworden. Einzelne Stellen fanden aber immer nur vereinzelten Beifall. Wir kommen ohne Zweifel noch darauf zurück. Eine lebhaftere Bewegung kam erst wieder in die Versammlung, als Dr. Henrici die „Neue Stettiner Zeitung" wegen des allerdings ganz ungehörigen Artikels angriff, in welchem sie ohne den mindesten thatsächlichen Anhalt den Brand der Neustettiner Synagoge dem Dr. Henrici und seinen Anhängern in die Schuhe hatte schieben wollen. Das genannte Blatt half dadurch seinen Gegnern zu einem großen Triumphe; unter dem stürmischen Beifall und zwar diesmal wohl der ganzen Versammlung, — wenigstens ertönte jetzt auch nicht ein vereinzelter Widerspruch mehr —, konnte der Redner diese Anschuldigungen auf das Energischste zurückweisen. Die Versammlung brach in ein Hoch auf ihn aus, der, diese Gelegenheit benutzend, die Versammlung schloß, ohne daß nun noch also die zuerst angekündigte Diskussion stattfinden konnte. Es giebt eben im politischen Leben nichts Gefährlicheres, als einen ungeschickten Angriff; leider ist es übrigens nicht das erste Mal, daß der „Neuen Stettiner Zeitung" die erste Aufwallung mit der Ueberlegung davon gelaufen ist.

Wir haben uns bemüht, den Verlauf der Versammlung so objektiv als möglich zu schildern; Niemandem zu Lust, noch zu Leide. Wir behalten uns aber vor, darauf zurückzukommen.

— Angesichts der vielen Klagen über die Höhe der monatlichen Brennmaterialkosten in der Küche sind auf den Berliner Gasanstalten Versuche mit sogenannten Gaskochapparaten angestellt worden. Das Resultat ist ein ebenso wichtiges wie interessantes. In Folge der größeren und gleichmäßigen Hitze, sowie in Hinsicht darauf, daß man beim Gas das Feuer nach Belieben beschränken kann, muß sowohl an Zeit als auch an Geld eine sehr bedeutende Ersparniß entstehen, der vollständigen Reinlichkeit und Geruchlosigkeit zu geschweigen. Die nachstehenden Beispiele illustriren die Vortheile: 1 Liter Wasser kocht innerhalb 5 Minuten, Verbrauch 40 Liter Gas für $^2/_3$ Pf. Ein Huhn von $^1/_2$ Kilo Gewicht bratet in 20 Minuten gar und erfordert 200 Liter Gas für 3 Pf. $^1/_2$ Kilo Kotelettes sind für denselben Preis in 5 Minuten gebraten, 4 Pfd. Rindfleisch verbrauchen 800 Liter Gas für 12 Pf., eine vollständige Mahlzeit: Suppe, Gemüse, Braten, Kartoffeln für 5—6 Personen erfordert für 10 Pf. Gas. Es wäre daher im Interesse der Bevölkerung sehr zu wünschen, daß sich das Kochen mit Gas mehr verbreitete, da dadurch sehr bedeutende Ersparungen erzielt werden würden.

— Gestohlen wurden: Ende vorigen Monats aus einer Küche des Hauses Grabow, Breitestraße 29, mehrere silberne und neusilberne Löffel, am 4. d. Mts. aus einer unverschlossenen Mädchenkammer Frauenstr. 42 verschiedene Garderobenstücke im Werthe von 21 Mark, und aus einem mittelst Nachschlüssels geöffneten Stalle auf dem Grundstück Zabelsdorferstr. 33 ein kupferner Kessel.

— Eine in der Grabenstraße zu Grabow wohnhafte Frau P. machte vorgestern ihrem Leben durch Erhängen auf dem Heuboden des Hauses ein vorschnelles Ende. Langwierige Krankheit scheint das Motiv zur unglücklichen That gewesen zu sein.

— Bei Zabelsdorf gerieth gestern Nachmittag eine Strohmiete in Brand und wurde vollständig durch das Feuer zerstört. Man vermuthet, daß dieselbe muthwilliger Weise in Brand gesteckt ist.

†† **Tempelburg**, 5. April. In unserer Nachbarstadt Märkisch-Friedland ist gestern die bereits beerdigt gewesene Leiche eines noch nicht schulpflichtig gewesenen Kindes, welches plötzlich verstarb, wieder aufgegraben und sezirt worden. Der zu dem Behufe zugezogene Kreisphysikus hat Vergiftung als Todesursache vorgefunden und soll, wie verlautet, die Untersuchung eingeleitet sein.

♂ **Bütow**, 5. April. Die 23 Jahr alte Marie Gostomsky, gebürtig aus Klonczen bei Bütow, zuletzt in Hygendorf im Dienst gewesen, ist neulich von der Ortspolizei in Klonczen verhaftet und der hiesigen Polizei übergeben worden. Dieselbe ist verdächtig, einem von ihr neugeborenen Kinde das Leben genommen zu haben. Bei der ärztlichen Untersuchung soll dieselbe zwar gestanden haben, das todtgeborene Kind auf dem Hygendorfer Kirchhofe vergraben zu haben, es fehlen hierzu aber noch die nöthigen Beweise. Die Verhöre sollen baldigst vorgenommen werden und wird alsdann mehr Licht in die Sache kommen.

§ **Zempelburg**, 5. April. In der Nacht von gestern auf heute ist in dem Bureau des königlichen Steueramtes hier, welches sich auf dem linken Flügel des hiesigen königlichen Amtsgerichtsgebäudes befindet, ein äußerst frecher Diebstahl verübt worden. Die Diebe, jedenfalls sehr raffinirter Art, sollen zunächst von einem nahen Gasthause eine Krippe, stiegen von dieser auf das ziemlich hoch angebrachte Parterrefenster, drückten ein mit Pech bestrichenes Stück Papier auf eine Scheibe, die geräuschlos zerbrach und stiegen unbemerkt ein. Aufgeschlossen wurde (man frägt staunend, auf welche Weise?) zunächst das Sicherheitsspind, aus welchen etwa 700 Mark freiliegende Gelder geraubt wurden, dann die Tischschublade, in welcher des Einnehmers Gehalt, in einen blauen Leinewandbeutel gehüllt, unversehrt liegen blieb. Die Kasse selbst, die jedenfalls den Dieben sehr große Hoffnung gemacht, wurde aus dem Spinde gehoben und durch das Fenster in's Freie geschleppt, und zwar hinter einer Scheune; dieselbe scheint genau revidirt worden zu sein; sie war aber leer und deshalb wurde sie von den Meistern wieder verschlossen und unversehrt liegen gelassen. Der Diebstahl scheint erst in der 2 Morgenstunde verübt worden zu sein, weil der betreffende Beamte bis spät in die Nacht hinein im Bureau gearbeitet hat. Die Eindringlinge müssen offenbar ganz vorzügliche Instrumente bei sich geführt haben und machten sich außerdem noch den Spaß, die Bureaulampe, die sie muthmaßlich während ihrer Arbeit angezündet, ausgelöscht draußen auf der Schwelle des Gerichtsgebäudes zu plaziren. Die Untersuchung ist im Gange. Nach dem Gaunerstreiche dürften nuu wohl die betreffenden Fenster auch mit Eisengittern versehen werden, die ihnen bis jetzt fehlten.

Kunst und Literatur.

Frankfurt a. M. Die erste Nummer der „Ausstellungs-Zeitung", welche während der Allgemeinen deutschen Patent- und Musterschutz-Ausstellung herausgegeben wird, ist soeben erschienen. Dieselbe ist von dem Ingenieur Franz Graf redigirt und bringt auf 10 Seiten einen reichen Inhalt. Der Leitartikel, wenn man so sagen darf, enthält eine Darlegung des angestrebten Zweckes des Unternehmens, während in einem 2. Artikel eine übersichtliche Beschreibung der hauptsächlichsten Ausstellungsbauten Platz gefunden hat. Ein beigegebener Situationsplan dient diesem zur besseren Erläuterung. An dritter Stelle werden „die Erfindungspatente, ihr Werth und ihre Verwerthung" von sachkundiger Feder behandelt. Den Schluß bilden kleinere Mittheilungen gemischten Inhalts. Die zweite Nummer der Zeitung wird kurz vor Ostern erscheinen, während vom 1 Mai ab wöchentlich zwei Nummern vorgesehen sind. Der Abonnementspreis beträgt für die ganze Dauer des Erscheinens, also für etwa 46 Nummern 7,50 Mark.

Vermischtes.

— Der König von Italien empfing dieser Tage den Kapitän Celso Cesare Moreno, welcher Briefe seines Herrn und Königs Kalakaua aus Hawaii (Sandwichs-Inseln) überbrachte, die den italienischen Herrscher der größten Freundschaft seines europäischen Kollegen in höchst naiver Weise versichern, indem auf die enorme Entfernung der beiden Reiche von einander, als auf das beste Mittel, den Frieden zu erhalten, hingewiesen wird. Der Gesandte des Sandwichs-Königs hat eine höchst abenteuerliche Vergangenheit hinter sich. Das Licht der Welt erblickte Moreno in Italien, und zwar in Dogliani, Provinz Mondovi (Piemont). Frühzeitig ausgewandert, heirathete er die Tochter des Sultans von Sumatra und beantragte kurz darauf bei Viktor Emanuel die Besitznahme jener reichen, jetzt Holland zugehörigen Insel. Später tauchte Moreno wieder auf in Kalifornien, welches ihn zum Abgeordneten im Kongreß der Vereinigten Staaten wählte. Als solcher brachte er das seinen Namen „Moreno-Bill" tragende Gesetz gegen den Sklavenhandel mit schwarzen Kindern durch. Zu jener Zeit begründete er eine Dampferlinie zwischen China und Amerika. Zuletzt begegnete man ihm plötzlich als Ministerpräsidenten des Königs Kalakaua. Aber auch diese Stellung war keine dauerade. Nach seinem Sturze schickte ihn der König als Begleiter seiner Söhne auf eine Studienreise nach Europa, auf der er sich gegenwärtig in Rom befindet. Moreno ist Ueberbringer von Briefen seines Souveräns an König Humbert, an Garibaldi, an Papst Leo XIII., an den Fürsten Bismarck und an eine große Anzahl anderer berühmter Männer Europa's.

— (Ein 92jähriger Bräutigam.) Aus Köln wird unter dem 2. April geschrieben: Ein 92jähriger Veteran aus den Freiheitskriegen, Herr Clemens, an der Großen Spitzengasse, gehört unstreitig zu denjenigen, welche das Joch der Ehe süß gefunden haben, sonst würde er heute Vormittag nicht zum dritten, oder wie sogar behauptet wird, zum vierten Male einer Vertreterin des zarten Geschlechts, einer Wittwe von mehr als 70 Jahren, die Hand zum ehelichen Bunde gereicht haben. Die Brust mit vier Orden geschmückt, fuhr der muthige Veteran, begleitet von den Hoch- und Hurrahrufen seiner Nachbarschaft, nach dem Standesamte. Laute Rufe empfingen das Paar, als es zurückkehrte.

— (Faulen des Holzes.) Das Faulen des Holzes in der Erde sucht man meistens durch Verkohlen der Oberfläche desselben zu verhüten. Jetzt wird behauptet, daß es genüge, das Holz — Piloten, Pfosten, Stöcke 2c. — gegen den Wuchs in die Erde zu bringen, daß also das obere Ende des Stammes zu unterst, daß Wurzelende zu oberst zu stehen komme. Holz von demselben Eichenstamme soll, in natürlicher Richtung eingegraben, binnen zwölf Jahren verfault sein, in entgegengesetzter Richtung aber keine Veränderung erlitten haben. Es scheint, daß die Haargefäße in der letzteren Richtung die Feuchtigkeit nicht aufsaugen.

Handelsbericht.

Berlin, 4. April. (Bericht über Butter und Eier von J. Bergson und Alfred Orgler.)

Die Hoffnungen, welche man auf den Bedarf zum Osterfeste gesetzt hatte, scheinen sich nicht realisiren zu wollen. Die noch immer ziemlich kalte Witterung verzögert den Beginn der Feldarbeiten und verweist die Landleute mit ihren Produkten auf die Stadtmärkte. Dieses beeinträchtigt den Verkauf von Faßbutter und wir haben wiederum von einer recht stillen Woche zu berichten. Für den Export hat sich die Stimmung etwas gebessert; vorwöchentliche Preise für feinste Holsteiner und Mecklenburger Marken konnten sich nicht nur behaupten, sondern beliebte Brände fanden sogar zu 5 M. erhöhten Preisen gute Abnahme. Mittelsorten brachten es nicht zu belangreichen Umsätzen. Käufer blieben zurückhaltend, da sie billigere Notirungen erwarten. Von geringer Waare blieb Backbutter des Frostes wegen etwas lebhafter gefragt, trotzdem die zahlreichen Offerten in Margarinbutter in scharfe Konkurrenz treten.

Es notiren ab Versandtorte: Feine und feinste Holsteiner und Mecklenburger 115—125 M., Mittel- 95—110 M., ost- und westpreußische Gutsbutter 110—120 M., pommersche Land- — M., pommersche Pächterbutter 100 M., Litthauer 90 M., Netzbrücher 90 M., Thüringer 95—110 M., hessische 95—110 M., baierische Land- — M., baierische Sennbutter 102—105 M., schlesische 90—95 M., schlesische feine und feinste — M., ungarische 85 M., galizische 87 M., polnische 95 M. per 50 Kilo. Letztere 3 Sorten franko hier.

Bei mäßigen Umsätzen und ziemlich fester Stimmung wurde an der Eierbörse vom 31. v. M. mit M. 2,85 per Schock verkauft. Bei mäßigen Umsätzen und etwas matterer Stimmung stellte sich heute Preis auf M. 2,80 per Schock. Detailpreis 3 M. per Schock.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, 6. April. In der heutigen Sitzung der Bürgerschaft wurde der Antrag des Senates, betreffend die Wahl von Vertrauensmännern, behufs Berathung der Zollanschluß-Angelegenheit nach kurzer Debatte angenommen. Gewählt wurden hierauf Handelskammer-Präsident Lutteroth, Sloman, Strack, Robinow, M. Hinrichsen, Cremer, Brennereibesitzer Peters, Richter und Otto. Letztere Beiden, welche der Linken angehören, lehnten die Annahme der Wahl ab, weil die von ihrer Partei selbst aufgestellten Kandidaten durchgefallen waren. Bei der fortgesetzten Wahlhandlung wurden Dannenberg und Schäfer gewählt.

Bremen, 6. April. Die Bürgerschaft hat heute dem Antrage des Senats entsprechend einen Vertrauensausschuß von zwölf Mitgliedern niedergesetzt, welcher mit dem Senat gemeinschaftlich die Freihafenfrage erörtern und einem von der Bürgerschaft besonders aufgetragenen Kommissorium gemäß die Bedingungen, unter denen der Anschluß an den Zollverein überhaupt möglich ist, ermitteln und feststellen soll.

München, 6. April. Die zweite Kammer hat den Antrag Hafenbrädl's auf Abschaffung des siebenten Schuljahres in namentlicher Abstimmung mit 77 gegen 62 Stimmen angenommen; die Linke stimmte geschlossen gegen die Rechte.

Paris, 6. März. Das große Theater in Montpellier ist heute Morgen 1 Uhr nach einer Vorstellung des „Hamlet" bis auf die Mauern abgebrannt. Ein Unglücksfall ist dobei nicht vorgekommen.

Paris, 6. April. Oberst Brugere, Ordonnanzoffizier des Präsidenten der Republik ist heute abgereist, um das Kommando über die Artillerie bei dem für die militärischen Operationen an der tunesischen Grenze bestimmten Korps zu übernehmen.

Viele tunesische Unterthanen haben Tunis verlassen und sich zu den Krumirs begeben.

Eine von einem Händler in Tunis an die Krumirs abgesandte Kiste mit Flintenkugeln im Gewichte von 150 Kilogramm ist von der Verwaltung der tunesischen Eisenbahn mit Beschlag belegt worden.

Paris, 6. April. Aus Algier wird gemeldet:

Im französischen Lager wird heute eine aus drei tunesischen Generalen bestehende Mission erwartet.

London, 6. April. Im Befinden Lord Beaconsfield's, der eine ziemlich gute Nacht hatte, ist eine nicht unerhebliche Besserung eingetreten.

Petersburg, 6. April. Der Prinz und die Prinzessin Wilhelm von Baden haben heute Mittag ihre Rückreise angetreten.

Die Verhandlungen in dem Prozesse gegen die am Attentate vom 13. v. Mts. Betheiligten beginnen morgen.

Konstantinopel, 6. April. Ein aus allen hiesigen Banquiers bestehendes Komitee zur Unterstützung der Nothleidenden auf Chios erläßt eine Aufforderung von Subskriptionen.

Smyrna, 6. April. Die Erderschütterungen auf Chios dauern noch in der heftesten Weise fort und vollenden das Zerstörungswerk; unter den Trümmern befinden sich noch viele Verwundete ohne Hilfe, die Bevölkerung lagert auf den Friedhöfen. Die Mannschaften des Türkischen und des Französischen Stationsschiffes leisten vorzügliche Dienste, ihre Anzahl ist aber nicht genügend. Ein großer Theil der Garnison von Smyrna begiebt sich zur Forträumung der Trümmer nach Chios. Von allen Seiten gehen Unterstützungen ein, dieselben sind aber noch nicht hinreichend für die große Zahl der Nothleidenden.